Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5226

19. 05. 76

Sachgebiet 63

Entschließungsantrag

der Fraktionen der SPD, FDP

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1976
hier: Haushaltsgesetz 1976
– Drucksachen 7/4100, 7/5058, 7/5189 –

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Haushalt 1976 ist die Grundlage für die Fortsetzung der erfolgreichen Politik der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien. Er trägt den weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten Rechnung, fördert die wirtschaftliche und soziale Stabilität in der Bundesrepublik Deutschland und damit Freiheit und Sicherheit im Innern und nach Außen.

2. Der Haushalt 1976 setzt die finanzielle Konsolidierung fort. Nach den expansiven und mit hoher Kreditaufnahme finanzierten Haushalten der Wirtschaftsankurbelung und der arbeitsplatzsichernden Konjunkturförderung in den Jahren 1974/1975 realisiert der Haushalt 1976 die Maßnahmen der Bundesregierung zur Verbesserung der Haushaltsstruktur. Der durchgreifende Abbau der Neuverschuldung des Bundes ist eingeleitet. Zusammen mit den Einnahmeverbesserungen ab 1977 ist weiterhin eine solide Finanzierung der staatlichen Aufgaben gesichert.

3. Der Haushalt 1976 stützt das Netz der sozialen Sicherheit. Dadurch wird der Freiheitsraum des einzelnen erweitert. Soziale Sicherheit stärkt die innere Sicherheit unseres demokratischen Staates. Auf dieser Grundlage wird der Rechtsstaat weiterhin mit dem Geist der Liberalität und Toleranz erfüllt. Der Haushalt 1976 sichert den Aufschwung unserer Volkswirtschaft. Er ermöglicht die Fortsetzung der Reformpolitik der sozial-liberalen Koalition.

4. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung, ihre Politik des sozialen Ausgleichs im Inneren und der Verständigung mit allen Partnern der Bundesrepublik Deutschland fortzusetzen. Innen- und Außenpolitik stehen heute in einem besonders engen Zusammenhang. Die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung zur Belebung der Konjunktur, zur Schaffung und

Druck: Thenée Druck KG, 53 Bonn, Tel.: (02221) 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

Sicherung von Arbeitsplätzen und zur weiteren Eindämmung der Preissteigerungen sind nicht nur innerhalb unseres Landes erfolgreich; sie tragen zugleich nach außen zur Bewältigung der weltweiten Rezessions- und Inflationserscheinungen bei.

5. Die Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise ist durch eine enge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, des Nordatlantischen Bündnisses, innerhalb der westlichen Industrienationen sowie zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern erleichtert worden. Ohne eine auf Zusammenarbeit gerichtete Außenpolitik, die eine weltweite Friedenssicherung zum Ziel hat, wäre diese Aufgabe nicht lösbar gewesen. Diese Außenpolitik hat unserem Land eine geachtete Stellung in Europa erworben und gesichert.

6. Der Deutsche Bundestag begrüßt die intensive Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinten Nationen und ihre Kandidatur für den Sicherheitsrat. Die einstimmige Nominierung der Bundesrepublik Deutschland durch die westeuropäischen Länder ist Ausdruck des internationalen Vertrauens. Das verschafft der Bundesregierung zusätzlich Möglichkeiten für ihre Politik der Friedenssicherung und zur Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes und der Menschenrechte in allen Teilen der Welt.

7. Die Europäische Gemeinschaft hat sich in der Krise der Weltwirtschaft bewährt; sie hat die drohenden Gefahren für ihre Existenz und Weiterentwicklung überstanden.

   Diese Erfahrungen haben die Notwendigkeiten einer stärkeren Koordinierung der Politik, vor allem im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik, zwischen allen Partnern der Europäischen Gemeinschaft bestätigt.

   Die Schaffung des Europäischen Rates ist ein wichtiger Schritt für die Reform der Institutionen der Gemeinschaft. An der Realisierung der im Tindemans-Bericht gezogenen Grundlinien für ein europäisches Konzept und an der Durchführung der Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1978 muß weitergearbeitet werden.

8. Das Atlantische Bündnis hat auch in Zeiten wirtschaftlicher Belastungen seinen Zusammenhalt und seine Verteidigungskraft gewahrt. Die Bundeswehr leistet einen auch durch den Haushalt 1976 gesicherten bedeutenden Beitrag zur konventionellen Verteidigung Europas. Das Atlantische Bündnis und die Europäische Gemeinschaft haben die Ost- und Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland mitgetragen; diese gemeinsame politische Auffassung hat insbesondere auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ihren sichtbaren Ausdruck durch die Teilnahme der Vereinigten Staaten und Kanada gefunden. Zusammen mit ihren Verbündeten hat die Bun-

desregierung auch eine gemeinsame Haltung auf der Wiener Konferenz über gegenseitige ausgewogene Truppenverminderung erarbeitet und vertreten.

9. Die Entspannungspolitik der Bundesregierung hat für Berlin und darüber hinaus für alle Deutschen in Ost und West sichtbare Erleichterungen gebracht. In den nächsten vier Jahren können aus Polen 125 000 Deutsche ausreisen. Die Politik der Bundesregierung stärkt die Bindungen im geteilten Deutschland und dient damit der Einheit der Nation.

10. Der Bundeshaushalt 1976 ist Ausdruck der wirtschaftlichen, sozialen und inneren Stärke unseres freiheitlichen Rechtsstaates. Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, beharrlich ihre Politik des Ausbaues und der Stärkung des demokratischen und sozialen Bundestaates fortzusetzen.

Bonn, den 19. Mai 1976

Wehner und Fraktion

Mischnick und Fraktion